

zu polizeiwidrig, aber der Handel darf nicht unterbunden werden. Das hier ausgestellte Fleisch war spottbillig; aber es gebührt schon ein gesunder Appetit dazu, es nur zu kaufen, geschweige denn zu essen. Aber nicht nur hier im Glendordiel sah ich, wie das Fleisch in der brennenden Sonnenhitze feilgehalten wurde, sondern auch in Smithfield, neben den riesigen Markthallen, die ich mir Dienstag morgens angesehen habe. In Smithfield liegen drei riesige Markthallen fast aneinander, von denen die größte 192 m lang und 75 m breit ist, in denen dreimal in der Woche Fleischmarkt stattfindet. Diese Markthallen sind unterirdisch mit den Stadtbahnen verbunden, so daß die Waren von den Bahnhöfen nach der Halle befördert, mittels Aufzugs hochgezogen und dann aufgehängt werden können. In den kleinen Seitenstraßen um diese Markthallen herum befinden sich unzählige kleine „Butcher shop“ (Wegeraläden), die ihr Fleisch vorm Laden in der Sonne aushängen, teils in Stücke zerlegt, direkt auf den Stein auslegen. In einer solchen Straße befanden sich an 8 bis 10 Fledermaßer nebeneinander und gegenüber, die ganze Pferdeabauer in der glühenden Sonnenhitze ausgehängt hatten, die ganz schwarz ausluden und schon tüchtig stanken. Und die Polizei sagte auf, daß kein „Ledermaul“ so'n stinkigen Klumpen streifen.“

Nach diesen Schilderungen braucht kein deutscher Arbeiter seine englischen Kollegen zu beneiden. Die angeführten Vorteile sozialistischer Führer und Zeitungen zeigen wie demagogisch die jetzige rote Doye ist. Jeder vernünftige Arbeiter muß angewidert von diesem Treiben, den Sozialdemokraten den Rücken kehren. Uns erwächst die Pflicht, diese Dinge den Unorganisierten und Mitläufern zu unterbreiten und sie für uns zu gewinnen. Nur eine starke christliche Arbeiterbewegung kann der Arbeiterkassette neue Vorteile bringen.

hohnbewegungen und Differenzen.

Der Tarifvertrag in Spener wurde seitens der Organisationen am 1. Januar gekündigt.

Der Streik in Alchaffenburg.

Seit Montag, den 8. Jan. stehen — wie mir bereits in der vorigen Nummer der Schneider-Zeitung kurz mitteilen — die Kollegen des Alchaffenburg Konfektionsgebietes in Streik, um ihre allseits als berechtigt anerkannten Forderungen; die tarifliche Regelung ihrer Lohnverhältnisse und eine zeitgemäße Lohnzulage zur Anerkennung zu bringen. Fast allgemein war die Ansicht vertreten, die Konfektionäre würden es diesmal zu keinem Kampf kommen lassen, doch schon das Antwortschreiben derselben auf die eingereichten Forderungen ließ deutlich erkennen, daß die Alchaffenburg Konfektionäre aus der Vergangenheit nichts gelernt haben und die Tarifentwicklung in der Konfektionsindustrie spurlos an ihnen vorbeizugehen zu sein scheint. Das erwähnte Antwortschreiben hat folgenden Wortlaut:

Alchaffenburg, den 29. Dez. 1911. An den Verband christlicher Schneider, Schneiberinnen und verwandter Berufe z. B. des Herrn Johann Peter Karlicz. 2. Die in dem Verband Alchaffenburg Kleiderfabriken vereinigten 15 Firmen . . . bestätigen den Empfang Ihrer Zuschrift vom 20. Dez. 1911 und teilen Ihnen höflich mit, daß es aus Grund des in Begleitung Ihres Briefes eingereichten Lohnantrages unmöglich ist, in Unterhandlungen einzutreten zu können, weil die darin gestellten Forderungen unannehmbar und undistinkabel sind, und mit einer vollständigen Kahnlegung der hiesigen Konfektionsindustrie gleichbedeutend wäre.“

Um die Fabrikanten zu einer klareren Antwort zu bewegen, bezog ihre prinzipielle Stellung zum Abschluß eines Tarifvertrages zu lernen, wurde die Lohnkommission bei dem Vorsitzenden des Fabrikantenverbandes Herrn Jakob Desch vorstellig. Der Eindruck, den dieselbe dabei gewann, war der, daß Herr Desch der Frage sehr oberflächlich gegenüberstand und der Situation gar keine Bedeutung schenkte. Er meinte, „nur ihr vier (die Kommissionsmitglieder) wagt streiken, die Arbeiter denken nicht daran.“ Gewiß, die Arbeiter und ihre Führer waren bestrebt, die Frage friedlich zu lösen, sie waren aber auch bereit, ihren Forderungen den nötigen Nachdruck zu verleihen. Die Sorglosigkeit des Führers der Fabrikanten, Herrn Jakob Desch, hat denn auch einen starken Stoß erlitten.

Die erwähnte Unterredung der Lohnkommission mit Herrn Desch und der ihr folgende Briefwechsel hatte zur Folge, daß sich der Verband Alchaffenburg Kleiderfabriken in einem Schreiben vom 4. Jan. im Prinzip nicht abgeneigt erklärte, in Verhandlungen wegen tariflicher Festlegung der Arbeitslöhne für Sados und Großstadt einzugehen, aber nach wie vor den eingereichten Tarif als Grundlage für etwaige Verhandlungen ablehnte.

In diesem Schreiben fällt vor allem auf, daß die Kleinründe von einer tariflichen Regelung ausgeschlossen sein sollen, sowie, daß der Fabrikantenverband noch seinen Feinsinn machte, einen Termin zu einer Verhandlung zu vereinbaren. Seine Taktik ging heraus aus hier herder.

Die Ausschaltung der Kleinründerarbeiter aus dem Tarifverhältnis sollte Uneinigkeit in die Reihen der Arbeiter bringen und das Herumdrehen um die Festlegung eines Verhandlungstermins hatte den Zweck, die Bewegung zu verstopfen. So fanden die Dinge kurz vor Beginn der auf den 4. Januar einberufenen Konferenz, die wie bereits in voriger No. erwähnt, trotz des Wochentages sehr gut besucht war. Um der Konferenz ein positives Ergebnis der bisher mit dem Fabrikantenverband gepflogenen mündlichen wie schriftlichen Verhandlungen unterbreiten zu können, hauptsächlich aber um einen baldigen Verhandlungstermin zu erwirken, wurde nochmals eine Kommission vorstellig. Die Antwort des Herrn Desch war, daß er eine Sitzung seiner Mitglieder andersamen wolle, Bescheid wolle er dann bis Mittag 1/2 Uhr geben.

In der Konferenz, die inzwischen ihren Anfang genommen hatte, referierte Kollege Peter über den Stand der Bewegung. An Hand der mit den Arbeitgebern geschlossenen Schriftstücke unter ausdrücklicher Betonung, daß die Arbeiterkassette nach wie vor bereit ist, die Differenzen auf friedlichem Wege beizulegen, sie aber verlangen müßte, daß auch die Kleinründe tariflich erfaßt werden und die Verschleppungsbesuche seitens der Arbeitgeber aufgegeben werden. Die Diskussion war eine sehr reger. Allgemein

Unwillen rief die Absicht der Fabrikanten hervor, die Kleinründe aus der Diskussion auszufallen. Ebenso allgemein war der Unwille über die Verschleppungsstatistik der Unternehmer. Inzwischen ließ Herr Desch mitteilen, daß er seinen Vorstand nicht zu einer Sitzung zusammenbringen könne. Diese Antwort steigerte den Unwillen der Kollegen auf Höchste und nur des entscheidendsten Eingreifens der Führer gelang es, die Arbeitsüberlegung um einige Tage zu verschieben um eine eventl. Verständigung mit den Arbeitgebern nicht kurzer Hand abzubrechen. Die Konferenz saßte daher folgenden Beschlus;

„Trotz bis Sonntag, den 7. ds. mittags 1 Uhr die Unterhandlungen ein positives Ergebnis nicht gezeitigt haben, werden die Arbeiter am Montag früh auf der ganzen Linie die Arbeit niederlegen.“

Dieser Beschlus wurde sofort Herrn Desch schriftlich mitgeteilt. Die Nachricht traf die Herren des Vorstandes des Fabrikantenverbandes bei einer Sitzung, sie hatten somit Gelegenheit den Beschlus der Konferenz ihren Beratungen zu Grunde zu legen. Es hing aber wie oben, wenn wir in dem Antwortschreiben, datiert vom 4. Januar der Herren lesen, daß sie, ausgerechnet am Montag den 8. Januar bereit seien, zu einer Vorbesprechung mit uns zusammenzutreten, da einige Herren bereits bereit seien, andere verreisen müssen sei ein früherer Termin nicht möglich. Wäre dieses Schreiben während der Tagung der Konferenz eingelaufen, die Kollegen wären nicht zu halten gewesen, noch bis Montag zu arbeiten, denn man kann es ihnen nicht absprechen, sie haben für die Taktik der Unternehmer ein seines Gefühl.

Nach Erhalt des Schreibens trat die Leitung der Bewegung zusammen, um die mit dem Schreiben neu geschaffene Situation zu besprechen. Sie war sich darüber klar, daß bei voller Durchführung des Konferenzbeschlusses die Unternehmer die angelegte Vorbesprechung abbrechen und der Konflikt unvermeidlich ist, anderseits bestand darüber kein Zweifel, daß die Unternehmer in einem Zurückweichen eine Schwäche einrichte. Es wurde daher beschlossen, den Kollegen durch Rundschreiben die neu geschaffene Situation bekannt zu geben, für Montag die Arbeitsruhe zu empfehlen, die Arbeitsüberlegung, fertig oder unfertig aber um einen Tag zu verschieben.

In der Zwischenzeit und zwar am Freitag den 5. Januar bemühte sich der Herr Regierungs- und Gewerbeamt Dr. Lug aus Würzburg, der durch die Presse Kenntnis von den Differenzen erhalten hatte, um deren gütliche Beilegung, bezw. um Ansetzung eines früheren Verhandlungstermins, leider ohne Erfolg. So blieb dem Herren nichts anders übrig, als sein Erscheinen für die für den 8. Januar angelegte Vorbesprechung in Aussicht zu stellen.

Das Ausschließen von Streikposten am Montag früh seitens des an der Bewegung mitbeteiligten freien Verbandes veranlaßte dem Fabrikantenverband die für nachm. 4 Uhr angelegte Vorbesprechung tüzgänglich zu machen. Gleichzeitig erklärte er, so lange der Streik anhält, sie zu Unterhandlungen nicht bereit seien.

Damit hatte der scharfmarkige Geist im Lager der Arbeitgeber vollends den Sieg davon getragen, zum Leidwesen der kleineren Fabrikanten; die Kampfanlage auf beiden Seiten nur erfolgt.

Arbeitnehmerseits galt es nun, den Beschlus der Konferenz auch in ihrer letzten Konsequenz durchzuführen, was es eigentlich keiner besonderen Unterlegung mehr bedurfte, denn der Herr der Arbeiterkassette wartete nur der Meinung der Führer, die am Montag-Abend telegraphisch nach allen Orten erfolgte, nachdem am Samstag und Sonntag in 17 Versammlungen die Lage eingehend besprochen und den Kollegen strengste Disziplin angedroht war.

Trüb und kalt war's am Dienstag-Morgen. In der Stadt wies nichts auf den für Alchaffenburg und seine Umgebung so bedeutungsvollen Kampf hin. Nur am Bahnhofspokal und einigen angrenzenden Straßen, wo die Konfektionshäuser sich aneinanderreihen, war's lebendiger als sonst, die Streikposten gaben dem Straßenbild ein ungewöhnliches Aussehen und mancher Vorübergehende fragte neugierig, was es gebe. In einem Fingerringladen am Bahnhofspokal erhielt so eine Neugierige die Antwort: „Die Schneider wollen streiken, da sparen die Fabrikanten ihr Geld“ — oder auch nicht (D. H.). Mehr war von dem guten Alten nicht zu erfahren. Mitterweile rüden die Reiger der Bahnführung weiter, die Zeit des Entfessens der Räder der Vorker Straße und des Mainates ist da. Das Bahnhofspokal und der Herron sind von Alchaffenburg Kollegen, die der Parole folgend schon von 8-10 Uhr ihre Arbeit abgeliefert haben, mächtig belegt, die übrigen sammeln sich bereits in ihren Streiklokalen. Im Ausgang des Bahnhofes wird es lebhaft, die Kollegen — man bemerkt ausnahmsweise wenige Frauen — strömen, erst vereinzelt, dann immer dichter, mit schweren Rufen beladen, den Kleiderfabriken zu, nicht mit der sonst gewöhnlichen Hast, sondern ruhig und gelassen. Man sah es ihnen an, sie hatten den Ernst des Augenblickes erfaßt. Nur wenige Minuten dauerte es, und der Bahnhofspokal lag wieder in seiner gewohnten Ruhe da. Nur die zurückgebliebenen Streikposten deuteten auf den Kampf hin. Defo lebhaft ging's nun bei den einzelnen Firmen zu. Vallen unfertiger und halbfertiger Arbeit häuften sich auf Balken. Die Firmenhäuser hatten in ihrer Bestimmung nur das eine Bestreben, die Leute durch kurze Bemerkungen an ihrer Sache treu zu machen, Vergessen. Aus einigen Orten waren die Kollegen in Korporie erschienen. Kollegen weiter entlegener Orte sandten ihre Waren per Bahn und teilten ihren Arbeitgebern schriftlich mit, daß sie die Arbeit eingestellt haben; wieder andere besaßen sie per Wäse nach Alchaffenburg.

Somit besondere Umstände es geboten erschienen ließen, daß die Arbeit am Ort bleibt, verpackten und versiegelten die Kollegen dieselbe.

Aus den vernünftlichen „vier“, die nach Ansicht des Herrn Jakob Desch streiken wollten, sind bis Dienstag-Abend jetzt 70-80%, gemordet und bis Ende des 1. Woche überschritt die Zahl der Streikenden 900, woraus sich die im Lager der Unternehmer herrschende Verblüffung leicht erklären läßt, denn was an Arbeitswilligen noch vorhanden war, war wenig und schlecht, daher das krampfhafteste Bemühen der Konfektionäre, auswärts Streikarbeiter unterzubringen, die größtenteils wieder zurückgingen.

Schon am zweiten Tage des Streikes erbrachte die einzige dem Fabrikantenverband nicht angehörige Firma Kamm und Oberauer den Beweis, daß die Alchaffenburg Konfektionäre recht gut eine Lohnherhöhung bewilligen können. Die Firma bewilligte nämlich auf die Gesamtlohnsumme einen Lohnzuschlag von 10% und wird sich später dem Tarifvertrag anschließen, was ihr allerdings eine scharfe Auseinandersetzung mit dem Fabrikantenverband eingetragen haben soll. Aber die Firma war klug genug und blieb fest. Werkwändig still verhielten sich die Fabrikanten in der Öffentlichkeit. Erst am Samstag den 14. Januar rückten

sie mit einer Erklärung im Inzeratenteil der beiden Alchaffenburg und einiger Blätter der Umgebung heraus, in welcher sie die Schuld des Kampfes von sich abzuwälzen versuchten. Gleichzeitig mit der Erklärung erschien in der den Fabrikanten nachstehenden Alchaffenburg Zeitung folgende Notiz:

„Eine Erklärung zum Schneiderstreik erläßt im Anzeigenteil dieser Nummer der Arbeitgeberverband. Wie wir daraus entnehmen, waren die Arbeitgeber zuerst nicht abgeneigt, in Verhandlungen einzutreten. Wäre es nun in beiderseitigen Interesse nicht möglich, daß die Arbeit nehmer noch einmal auf gangbarer Wege den ehelichen Willen zu einer Beilegung des Streikes zeigen, und auch die Arbeitgeber diesen Willen neuerdings befestigen? Wieviel findet sich auch hier ein parteiloses Schiedsmann, der eine Verständigung anbahnt. Es läge doch wohl im Interesse unserer heimischen Konfektionsindustrie und aller ihrer Angehörigen, wenn eine verständige Beilegung bald möglich wäre.“

Wo stammte die Notiz her? Redaktionsarbeit ist sie nicht. Aus Arbeiterkreisen kam sie nicht, bleibt nur eine Möglichkeit, sie stammt aus Fabrikanten- oder diesen nachstehenden Kreisen. Jedenfalls war ihr eine gewisse Bedeutung nicht abzuspüren. Die Erklärung der Fabrikanten veranlaßte die Streikleitung zu einer Gegenklärung in der in sachlicher Weise eine Darstellung der Differenzen gegeben wurde. Zum Schluß heißt es:

„Wie zu allem Anfang der Bewegung betonen wir auch jetzt: Die Arbeiter sind jederzeit zu Verhandlungen bereit und werden es hierbei an gutem Willen und Entgegenkommen zur Beilegung der Differenzen nicht fehlen lassen. Es liegt einzig auf Seiten der Herren Arbeitgeber bezw. deren Organisation, ob in Wälde eine beizulegende Lösung gefunden wird. Mit Gewalt sich Forderungen entgegenzusetzen, die in allen Konfurrenzgebieten Verwirklichung fanden und für Arbeitgeber und nehmer jegeuweise wirkten, wird allerdings ein nicht absehbares Ende des Kampfes zur Folge haben und müssen wir die Verantwortung für die dadurch entstehenden Schädigungen für alle daran Beteiligten ablehnen.“

Nun bemühte sich der Vorsitzende des Gewerbegerichtes, Herr Dr. Schwind, Verhandlungen anzubahnen. Solche fanden bereits am 17. Jan. statt, in welcher die Fabrikanten verlangten, daß erst der Streik aufgehoben werden müsse, ehe sie zu weiteren Verhandlungen bereit seien, worauf die Vertreter der Arbeiter jedoch nicht eingingen.

Nach dreitägiger Dauer wurde die Verhandlung abgebrochen und am 19. Januar wieder aufgenommen. Obwohl die Arbeitnehmer das weitgehende Entgegenkommen zeigten, hatten die Verhandlungen keinen Erfolg, da es die Arbeitgeber an jedem billigen Entgegenkommen fehlen ließen. Es wurde zwar in die Tarifberatung eingetreten, man kann aber nicht weit damit, da die Arbeitgeber auf die besseren Sachen Vorschläge boten, die zum Teil noch hinter die heute schon geübten Löhne bis zu 60 und 80 % zurückblieben. Auf dieser Grundlage war ein weiteres Verhandeln nicht möglich, da aber die Fabrikanten das größte Interesse an der Beilegung der Differenzen hatten, machten sie folgenden Vorschlag:

„In der Tarifberatung wird weitergefahren, der Tarif tritt mit 1. April in Kraft. Bis dahin wird auf die Gesamtlohnsumme ein Zuschlag von fünf Prozent gewährt, die Arbeit soll sofort aufgenommen werden.“

Hierauf erklärten die Vertreter der Arbeiter nicht eingehen zu können, so daß die Verhandlungen vorläufig als gescheitert betrachtet werden können.

Die Lohnbewegung in der Berliner Mäntelkonfektion.

über deren Ausgang wir bereits berichtet haben, hatte einen Vertrag zur Folge, welcher zwischen dem Arbeitgeberverband für das Damenkleidergewerbe Deutschlands und dem sozialdemokratischen Schneiderverband und dem Gewerbeverein der Heimarbeiterinnen abgeschlossen wurde. Der Vertrag enthält einerseits Richtlinien zum gemeinsamen Vorgehen der Vertragsgliedern in der Bewegung, andererseits das Lohn- und Arbeitsverhältnis der Zwischenmeister mit den von ihnen beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeitern. Da der Vertrag für weitere Kreise Interesse hat, bringen wir ihn vollständig zum Abdruck. Er lautet:

Vertrag.
Zwischen dem Arbeitgeberverband für das Damenkleidergewerbe Deutschlands und dem Verband der Schneider, Schneiberinnen und Wäschearbeiter Deutschlands (Filiale Berlin 1) und dem Gewerbeverein der Heimarbeiterinnen Deutschlands wird für Berlin folgender Vertrag abgeschlossen:

1. Um die tarifliche Festlegung der Löhne in der Berliner Damenkonfektion herbeizuführen, sind die beiderseitigen Parteivertreter zusammengetreten und haben den beiderseitigen Minimalpreistarif für die Engros-Damenkonfektion aufgestellt.
 2. Dieser Tarif soll gemeinschaftlich den Konfektionären gegenüber vertreten werden mit der Maßgabe, daß an den für die Arbeiterinnen vorgesehenen Löhnen nur dann eine Veränderung vorgenommen wird, wenn die von den Unternehmern bewilligten Preise erheblich von den Forderungen der Meister abweichen.
 3. Höher höher gezahlte Löhne bleiben weiter bestehen; zwischen den einzelnen Tarifklassen sind Zwischenstufen unzulässig; es ist jeweils die nächst höhere Tarifklasse zu zahlen.
 4. Veränderungen, die nicht von der Arbeiterin verschuldet sind, müssen im Zeitlohn bezahlt werden.
 5. Im Falle die Modarbeiterinnen die Falten selbst aufzeichnen müssen, ist bei Wäden bis zu 16 Falten für jede weiteren vier Falten ein Zuschlag von 0,20 M. zu zahlen.
 6. Die Arbeiterinnen sind nicht verpflichtet, die Walzerleusen brennen zu lassen.
 7. Zwischenfutter soll vom Meister geschnitten geliefert werden.
 8. Für Nacht- und Sonntagarbeit ist ein Zuschlag von 50 Proz. zu zahlen.
 9. Anproben werden mit 0,50 M. vergütet.
 10. Für die Wäler gelten folgende Lohnsätze:
Jedem Wäler und Stepper wird ein Wochenlohn von 38 M. und 40 M. garantiert. Der Wochenlohn von 40 M. soll in den ersten drei Klassen als Wochenlohn gemäht werden. Sollte in der dritten Klasse ein Stücklohn ausgearbeitet werden, so wird der Mindestlohn von 38 M. unter allen Umständen garantiert.
- Verdient der Wäler nach dem Stücklohn über 38 M., so ist ihm bei tariflicher Verdiente Lohn auszugeben. Bleibt er unter 38 M., so gilt der garantierte Mindestlohn. Auf die zurzeit bestehenden Wochenlöhne soll ein Zuschlag von

7-5 Proz. erfolgen, und zwar in der Weise, daß auf die niedrigen Löhne ein Aufschlag von 7 Proz. erfolgt und auf die höheren Löhne ein solcher von mindestens 5 Proz. Ausgenommen hiervon sind diejenigen Löhne, die unter den Mindestlöhnen, welche namentlich durch den Tarif festgelegt sind, liegen und durch die Mindestsätze des Tarifs eine Lohnsteigerung in den betreffenden Prozentsätzen bereits erfahren werden.

Ueberstunden werden die ersten zwei mit 50 Proz., jede weitere Ueberstunde sowie Nacht- und Feiertagsarbeit mit 100 Proz. Aufschlag bezahlt. Der Aufschlag auf Ueberstunden ist auch dann zu bezahlen, wenn diese stillschweigend geleistet und entgegengenommen werden.

Wo bisher günstigere Arbeitsbedingungen bestanden, bleiben dieselben weiter bestehen; der 1. Mai ist als Feiertag ohne Lohnzahlung freigegeben. Die Arbeitskräfte werden vom Arbeitsnachweis des Verbandes der Schneider bezogen. Wo bisher die gesetzlichen Feiertage bezahlt wurden, sollen dieselben weiter bezahlt werden.

11. Bei Streitigkeiten, welche sich aus dem Vertrage, dem Minimalpreistarif oder dem Arbeitsverhältnis ergeben, ist die Schlichtungskommission anzurufen, welche unter dem Vorsitz eines Gewerberichters verhandelt.

12. Jede Vertragspartei ernannt zwei Beisitzer zu dieser Schlichtungskommission.

13. Wegen den Entscheid der Schlichtungskommission findet Berufung nicht statt; die Entscheidungen erlangen Rechtskraft gemäß den Bestimmungen der §§ 1025 bis 1048 der Zivilprozessordnung.

14. Dieser Vertrag soll die gleiche Gültigkeitsdauer haben wie der Minimalpreistarif.

Ob der Vertrag überhaupt zur Geltung kommt, bleibt abzuwarten, nachdem bekanntlich die Konfessionäre keine Zugeständnisse machten, obwohl dies im Interesse der Arbeiterinnen zu wünschen wäre. Wie sich der Gewerksverein der Heimarbeiterrinnen mit dem im Vertrag vorgeschriebenen Arbeitsnachweismonopol des sozialdemokratischen Schneiderverbandes und der Kaiserer abfindet, überlassen wir ihm gerne und möchten nur wünschen, daß er dabei keine üblen Erfahrungen macht.

Differenzen in Oberhausen.

Bei der Firma W. Bauer & Sohn in Oberhausen, Rheinland sind Differenzen ausgebrochen. Dieselbe hat in der Saison gewöhnlich an Arbeitermangel zu leiden und um diesen zu begegnen, versucht sie mit ihren Arbeitern folgenden Vertrag abzuschließen:

Vertrag:

In Anerkennung dessen, daß die Firma W. Bauer & Sohn in Oberhausen sich verpflichtet, ihre Arbeiter durch zu beschaffigen, bzw. daß es bei derselben keine arbeitslose Zeit gibt, verpflichten sich unterzeichnete Arbeiter der Firma in Abänderung der betr. Tarifbestimmungen, bei beachtlicher Veränderung eine 14-tägige Räumigungszeit ordnungsgemäß einzuhalten, und die in Arbeit befindlichen Stücke vor Verlassen der Stelle ordnungsgemäß fertigzustellen. Als Garantie dafür erklären Unterzeichnete sich damit einverstanden, vom verdienten Lohn zwanzig Mark stehlen zu lassen, welche in den vier ersten Lohnzügen der Firma gegenüber eine Sicherheit dafür sein, daß sie ihre Leute, welche in der fälligen Zeit beschäftigt werden, auch für die Hochsaison behält, bzw. daß die Firma während der Räumigungszeit sich um Ersatzkräfte umsehen kann, bei Nichterhaltung der 14-tägigen Räumigungsfrist gehen also die 20 M., sowie die Auszahlung der etwa in Arbeit befindlicher Stücke und Proben für den Arbeiter verlustig.

Sollte hingegen auch nur ein halber Tag keine Beschäftigung vorliegen, so ist die Zeit dem Arbeiter in Stunden zu entschädigen, oder denselben die sofortige Auszahlung des Garantiebetrages und der Proben zu leisten. Diese Vertragsbedingungen berühren die übrigen Tarifbedingungen (außer der Räumigung) nicht.

Da die bei der Firma beschäftigten Arbeiter sich weigerten, den Vertrag zu unterschreiben, wurden sie entlassen. Inzwischen ist fernzuhalten.

Verbandsnachrichten.

Mitglieder! waret Euch durch pünktliche Beitragszahlung Eurer Rechte an den Verband. Wer mit seinen Beiträgen sich im Rückstand befindet, hat keinen Anspruch auf Unterstützung bzw. Hilfe.

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 4. Wochenbeitrag für 1912 fällig, worauf wir unsere Mitglieder in ihrem eigenen Interesse aufmerksam machen.

Die Zahlstelle Konstanz erhält die Genehmigung zur Erhebung eines Extrabeitrages von monatlich 10 Pf. pro Mitglied.

Bis zum 22. Januar haben abgerechnet: Bamberg, Engenreuth, Ingolstadt, Konstanz, Laupeheim, Nürnberg, Forstheim, Ulm - Darmstadt, Erlenbach, Eisenbach, Elmstedt, Groß-Wallradt, Hausen, Nantenbach, Rillingen, Wömmilangen, Roßbach, Steinweiler - Wachen, Waus, Warken, Wuer, Wodum, Dülfsdorf, Rheyt - Auerich, Wilhelmshaven. Für die genannten Zahlstellen liegen die befähigten (roten) Abrechnungsformulare der heutigen Zeitungsendung bei.

Das Inhaltsverzeichnis der Schneider-Zeitung

für 1911 können Kollegen, die sich den Jahrgang binden lassen wollen, von der Geschäftsstelle des Verbandes beziehen. Baldige Bestellung erwünscht.

Der Zentralvorstand,
J. A. A. Schwarzmann.

Aus den Zahlstellen.

Hannover. Am 17. dieses Monats hielt unsere Zahlstelle ihre Generalversammlung ab. Nach Eröffnung derselben und Bekanntgabe der Tagesordnung erhielt Kollege Scheiter das Wort. Er gab einen kurzen Rückblick über die Zahlstelle Hannover, aus dem zu ersehen war, daß wir in dem letzten Jahr einen guten Fortschritt gemacht haben. Ganz besonders wibmete er die Bedeutung der Generalversammlung sehr beherzigende Worte, die ihre Wirkung bei den darauf stattfindenden Wahlen für die Ortsverwaltung nicht verfehlten. Die Kollegen meldeten sich freitwillig zur Uebernahme der zu besprechenden Posten.

Es sind dies die Kollegen: Freij Dirksen als Vorsitzenden; Karl Müller als Schriftführer; Hermann Oelsen als Kassierer; Ludwig Hagedorn als Kassierbegleitender Leich, Buntels, Hagedorn und Neumann als Vertrauensmänner. Nach den Wahlen erinnerte der frühere Kartellbegleitende zur Teilnahme an den Interdisziplinären, der vom Kartell Ende Februar wieder eröffnet wurde. Ferner wurde beschlossen, mit Rücksicht auf die Schneiderinnen die Verammlung Punkt 7, vor 9 Uhr zu beginnen Sodann erhielt zum Schluß Kollege Scheiter das Wort, wo er u. a. besonders noch über die Hausagitation sprach, und spornte die Kollegen an, auch im neuen Jahr mit aller Kraft und Entschiedenheit für das Wohl unserer Zahlstelle einzutreten, denn es gibt nur ein Vorwärts, aber kein Rückwärts.

Rheinh. Eine Zugschneider-Vereinigung in der hiesigen Gegend zu gründen, unternahm am Sonntag, den 21. Jan. einige Herren aus Elberfeld in Verbindung mit einem hiesigen ersten Zugschneider. Zu diesem Zwecke hatten sie eine Verammlung im Lokale des Herrn Grümmerswald einberufen und die Zugschneider der ganzen Umgebung - Rheinh., Gladbach und Oberhausen - dazu eingeladen.

Ein Herr aus Elberfeld hatte das Referat übernommen; seine Ausführungen waren jedoch so unklar gehalten, daß man den wirklichen Zweck der zu gründenden Organisation nicht erkennen konnte. Zwar gab er an, seine Organisation erstrebe die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Zugschneider und Förderung der gemeinlichen Ausbildung.

Wer nun glaubte, er würde auch Mittel und Wege angeben, diese Ziele zu erreichen, war enttäuscht. Auf besondere Anfrage bequeme er sich zu folgenden nichtssagenden Ausführungen: „Durch Stellung und Ausbildung wollen wir uns Anerkennung in Form fliegender Münze verschaffen.“ Dieses Ziel zu erreichen, mache eine Absonderung der Zugschneider von anderen Berufen, wie Schuster, Schreiner usw. notwendig. Bezüglich der Stellung der Organisation des Referenten betreffend der Zugschneider der Arbeiter gegenüber. Er gab an, daß die Zugschneider keinen Streit wollten, der Wettbewerb der Unternehmer sei auch Sache der Zugschneider und der von ihm vertretenen Organisation. Wörtlich führte er, dann aus: „Sie wollen gemappnet sein für die Schmach.“

Die Diskussions wurde vom sozialdemokratischen Gewerkschaftssekretär Müller eröffnet, der diese Bewegung als gelbe bezeichnete und die Annahme ausforderte, der gewerkschaftlichen Bewegung beizutreten. Kollege Sämly vom „freien“ Schneiderverband war zwar gegen eine Votalvereinigung der Zugschneider, glaubte aber aus praktischen Gründen diese zunächst mal zu fördern, um so die Zugschneider an der Organisation zu gewöhnen; später könne der Anstoß an die bestehenden Gewerkschaften erfolgen. Hierauf ergriff Bezirkleiter Blinnewig das Wort und erläuterte zunächst die Stellung der Zugschneider zur Gewerkschaftsbewegung. Die Zugschneider täten besser daran, den bestehenden Verbänden beizutreten, als durch solche Zerplitterungsversuche sich selbst zu schädigen. Durch eine gute gewerkschaftliche Organisation wäre der Ausbau des Tarifvertrages möglich. Ein tariflich festgelegter Mindestlohn bewahre die Zugschneider vor den sogenannten Lohnrüden. Die Zugschneider in allen Konfektionsbezirken lenkt recht bald den Wert der Gewerkschaftsbewegung kennen und schließen sich immer mehr denselben an.

Kollege ging dann des näheren auf die Verhältnisse in den einzelnen Betrieben ein und zeigte, daß unser Verband für die Zugschneider sehr vieles im Gladbacher Bezirk geleistet habe. Würden die Zugschneider auch nur einigermaßen mitgearbeitet haben, so würden die Erfolge bedeutend größer sein. Nochmals gab er den Kollegen zu bedenken, was der Gladbacher Fabrikantenverband unter Leitung des Kommerzienrat Herrn Müller-Hoberg bei den letzten Tarifverhandlungen geantwortet habe:

„Wir irhen dem Tarifvertrag nicht feindlich gegenüber, wir werden auch den abgelaufenen Vertrag respektieren und sind auch nicht abgeneigt, wo notwendig eine Lohnsteigerung zu geben, unter der Voraussetzung, daß ihre Organisation den Vertrag möglichst bei allen Firmen zur Durchführung bringt, dabei haben wir besonders Recht im Auge, wo sie zunächst die niederen Löhne beistimmen müssen.“

Der zweite Herr aus Elberfeld machte nun noch einen schwachen Versuch etwas zu retten, gab aber gleichzeitig zu, daß auch sie in Elberfeld nicht vieles erreicht hätten. Der beste Rückhalt liege allerdings in der zentralistischsten Organisation, den bestehenden Verbänden würden sich die Zugschneider doch später anschließen. Mit diesen Ausführungen trat er im gewissen Gegensatz zu dem ersten Referenten. Bei der nun folgenden Abstimmung fand sich aus der genannten Versammlung nur eine Stimme für die geplante Votalvereinigung.

Wir würden dieser Sache weniger Bedeutung beimessen, wenn wir nicht den Eindruck hätten, als verlusten die Sozialdemokratie unter der Flagge der Zugschneider-Vereinigung Einfluß auf die Zugschneider des hiesigen Bezirkes zu gewinnen, trotz Ablehnung der Vereinigung durch Herrn Müller.

Die Erundung der wir über die Elberfelder Vereinigung und ihrem bisherigen Auftreten anstellen konnten, lassen diesen Verdacht zu.

Rundschau.

Das Ende der Tabakarbeiter-Ausperrung.

Die große Tabakarbeiter-Ausperrung in Westfalen und Norddeutschland hat endlich ihr Ende gefunden. Dieser große Kampf hat fast ein Vierteljahr ange dauert und wurde von beiden Seiten mit der größten Ausdauer und Hartnäckigkeit geführt. Schon dieser Umstand läßt darauf schließen, daß hier um ein großes Ziel gekämpft wurde. Wenn auch der äußere Anlaß sehr geringfügiger Natur war, so kam in dieser, von den Arbeitgebern verhängten Ausperrung doch der allgemeine Entwicklungsgang zum Ausdruck. In der Tabakindustrie haben sich die Unternehmer erst in den letzten Jahren zusammengeschlossen. Der Westfälische Fabrikantenverband gehört zu der bestorganisierten in diesem Bezirke. Der Kampf war also eine Folge der organisatorischen Entwicklung im Tabakgewerbe. Dem Abschlusse der Ausperrung gingen langwierige Verhandlungen voraus, die von dem Landrat in Minden, Herrn Dr. Cornelissen mit großem Geschick geführt wurden. Das Endergebnis ist so ausgefallen, daß die Tabakarbeiter mit dem Erfolg zufrieden sein können. Die Ausperrung war unternommen worden, um die in zwölf Betrieben streikenden Arbeiter zu zwingen, unter den vom Fabrikantenverband diktierten Bedingungen wieder in die Betriebe zu gehen. Nun sind in diesen Betrieben eine ganze Anzahl von Bedingungen gemacht worden und darüber hinaus ist in Aussicht genommen, daß bis zum Frühjahr die Fabrikanten der Regelung der Lohnfrage näher treten, so daß also nicht nur die streikenden Arbeiter in den

Genuß von Verbesserungen gelangen sollen, sondern auch die ausgeperrt gewesen. Dazu kommt, daß nicht nur die beabsichtigte Schwächung der Organisation nicht erreicht worden ist, sondern es sind ganz gemaltige Fortschritte in dieser Hinsicht gemacht worden. So stellt sich der Erfolg der Tabakarbeiter, an dem der christliche Tabakarbeiterverband hervorragenden Anteil genommen hat, als ein bedeutungsvoller Schritt vorwärts dar. Die christlichen Tabakarbeiter sprechen allen Kollegen anderer Bezirke, die zum Gelingen des großen Kampfes beigetragen haben, ihren warmsten Dank aus.

Arbeitgeber und Sozialreform.

Wie die „Soziale Praxis“ mitteilt, befindet sich im Geschäftsbericht 1909/10 des Verbandes deutscher Fabrikanten und chemischer Fachgenossen in Hamburg ein interessantes Urteil von Arbeitgebern über die Durchführung des Jahresurlaubes für Arbeiterinnen durch die letzte Gewerbeordnungs-Novelle. Es heißt dort:

„Die neuen Bestimmungen der Gewerbeordnung sind auch nicht so „verhängnisvoll“ für die Industrie, wie vielfach ausgerufen wird. Die Gewerbeaufsichtsbeamten und die Regierung sind allmählich abgerührt über das ständige Jammer der Industrie, die „nun ganz zugrunde gerichtet“ wurde, dabei aber errettungswise immer tätiger aufblüht.

Die Vertüzung der Arbeitszeit betrifft sämtliche heimischen Betriebe gleichmäßig, so daß keiner mehr darunter leidet als sein Konkurrent. Wir hatten uns früher gegen die Vertüzung der Arbeitszeit gewendet, aber vertieglich, nun heißt es, sich mit der Notwendigkeit abzufinden. Die Mühe, die Arbeit etwas anders zu disponieren als bisher, wird aufgewogen durch die größere Arbeitsfreudigkeit und Fähigkeit der Leute. Und selbst wo das nicht herbeizuführen sei sollte, muß doch jeder Einsichtige erkennen, daß die Schonung der weiblichen Arbeiter unerlässlich ist für die Zukunft unseres Volkes. Denn von Frauen, die durch langes Arbeiten geschwächt sind, kann man keine gesunden Kinder erwarten. Da muß der einzelne schon einige Opfer für die Zukunft seines Volkes bringen. Dieser Gesichtspunkt hat unserer Ansicht nach auch die Regierung zur Einbringung dieses Gesetzes veranlaßt, nicht die Rücksicht auf die Wünsche einzelner Parteien. Aus diesen Gesichtspunkten und aus der Erwägung, daß Widerstand doch vergeblich sein würde, haben wir, ohne Bedenke und dergleichen einzureden, uns nun bereit erklärt, unseren Mitgliedern nach Kräften beizustehen, wo innerhalb der gesetzlichen Vorschriften liegende Gesuche von einzelnen Gewerbeaufsichtsbeamten abgelehnt wurden, z. B. auf Gestattung von Ueberarbeiten während der Saison.

Dieses Urteil hört sich ganz anders an, als das fründliche Jammer über die unerträglichen Kosten der Sozialgesetzgebung, wie man es sonst vielfach von Unternehmern insbesondere aus den Kreisen der Konfessionäre zu hören gemohnt ist.

Wahlkontrolle durch sozialdemokratische Gewerkschaften.

Die sogenannten „freien“ Gewerkschaften begnügen sich nicht damit, die sozialdemokratische Parteifläche mit Gewerkschaftsgeldern zu füllen und den Zutreiber zu machen, sie üben teilweise auch eine scharfe Kontrolle über ihre Mitglieder aus, ob sie richtig wählen. Bei den letzten Wahlen Stadtratswahlbezirk richtete der Bevollmächtigte Hans Jünger vom „freien“ Metallarbeiterverband ein Zirkular an die Mitglieder, worin zur Wahl der sozialdemokratischen Kandidaten aufgefordert wurde. Zum Schluß heißt es in dem Rundschreiben:

„Ferner ersuche ich Sie, beiliegende Karte zur Wahl mitzubringen und am Stanzquartier der sozialdemokratischen Partei abstemplen zu lassen. Die Karte bleibt dann in Ihrem Besitze.“

Also auf zur Wahl!

Mit kollegialem Gruß
Hans Jünger.

Daß sich solche Gewerkschaften trotzdem da, wo es angebracht ist, als politisch neutral ausgeben, muß als Stiefpunkt der Heuchelei bezeichnet werden.

Geht die Partei und dann die Gewerkschaft.

Das sozialdemokratische „Offenbacher Abendblatt“ (Nr. 288 1911) berichtet u. a. von einer Delegierten-Generalversammlung des sozialdemokratischen Bauarbeiterverbandes (Zweigverein in Darmstadt):

„Den Tabakarbeiter wurden als erste Rate 50 M. bewilligt. Für die erledigte Landtagswahl und die bevorstehende Reichstagswahl wurden dem Wahlkreis Darmstadt-Groß-Gerau 300 M., Offenbach-Dieburg 200 M. und Erbach-Bensheim 50 M. übermessen.

50 M. für gewerkschaftliche und 550 M. für politische Zwecke! - Ist das nicht Hohn und Spott für die im harten Kampf gestandenen Tabakarbeiter?“

„Personenaktus“ in den Sozialdemokraten verhaßt.

Zur Bekräftigung dieser roten „These“ bringt die ultraradikale Leipziger Volkzeitung in Nr. 281/1911 ein illustriertes Injunkt. Darin prangen von links nach rechts gesehen die Parteiführer Singer, Diebstedt und Bebel. Jeder Genosse kann die roten Säupfelle „in häßlicher Ausführung unter gutem Glanz“ kaufen für seinen Hausaltar. Die Preise sind dem preussischen Wahrecht entsprechend dreifach. Die Parias zahlen 1.- Mark, mit Rabatten 3 M. Die Durchschnittler legen 2,75 bzw. 6,25 an. Die Bourgeois, Willensbestiger und Prinzessinnenbesitzer können Silber für 4,50 und 9 M. haben. Dieser, der doch mit Recht: „Ist das kein Personenaktus?“ Gewiß, doch auch hier gilt: Wenn zwei daselbe tun, dann ist's noch lange nicht daselbe.

Arbeitsnachweis.

2 tüchtige Rodarbeiter und 1 tüchtigen Klein-Rodarbeiter sucht

Herrn. Voltmeyer,
Bosch 1. B.

Jüngerer Damen Schneider

für Maß-Anfertigung
tüchtiger Tagelöhner
zur Uebernahme von Damen-Konfektion u. sofort gesucht.
Adolf Dieckmann, Wodum,
Friedrichstr. 5.

